

¡Fijáte!

Nachrichten + Informationen + Berichte zu Guatemala

Nr. 693

Mittwoch, 27. November 2019

26. Jahrgang

Das US-guatemaltekische Asylabkommen in Kraft: Erster Honduraner (kurzzeitig) im Land.....	1
Mahnmal für die 41 toten Kinder enthüllt– ohne Beteiligung von Opferangehörigen.....	3
Verfassungsgericht weist ein Strafgericht an, den Fall gegen Sandra Jovel neu zu beurteilen.....	6

Das US-guatemaltekische Asylabkommen in Kraft: Erster Honduraner (kurzzeitig) im Land

Der Vorgang ist einigermassen skurril und geheimnisvoll. Ein riesiges Flugzeug, in dem tausend Menschen Platz finden könnten, landete auf dem militärischen Teil des guatemaltekischen Flughafens mit einer Person an Bord: ein Honduraner, der versuchte, in den USA Asyl zu beantragen. Mit ihm nahm das umstrittene US-guatemaltekische Asylabkommen, in dem Guatemala als sicherer Drittstaat Menschen beherbergen soll, die in den USA Asyl beantragen wollen, in Kraft. Der Annex zum Abkommen ist weiterhin geheim und die Regierung rückt keine Informationen dazu heraus, nicht einmal für die künftige Regierung, die in knapp 50 Tagen ihr Amt treten soll. Dabei hat das Verfassungsgericht die Regierung erstens angewiesen, alles offen zu legen und zweitens verlangt, dass nur über eine Ratifikation des Kongresses dieses Abkommen in Kraft treten könne – was noch nicht geschehen ist.

Im Folgenden werden aus der Zeitung La Hora die ersten Stellungnahmen der verschiedenen Akteure zusammengestellt: Regierung, Kongress, Zivilgesellschaft, Kirche. Alle Berichte sind vom 21. November 2019.

Aussenministerin: Das Abkommen zeigt unsere „guten Beziehungen“ mit den USA

Kurz nach der Ankunft des ersten Honduraners in Guatemala im Zusammenhang mit dem „Abkommen über die Zusammenarbeit in Asylfragen“ (ACA) hat die guatemaltekische Aussenministerin Sandra Jovel erklärt, dass mit diesem Ereignis „die gute Beziehung“ mit der Regierung von US-Präsident Donald Trump sichtbar geworden sei. Zudem erklärte sie, dass sie in stetem Kontakt mit ihren AmtskollegInnen in El Salvador und Honduras stehe. Beide hätten versichert, dass sie über den Aufenthalt des Honduraners in Guatemala und dessen Wunsch, wieder in sein Heimatland gebracht zu werden, informiert worden seien. „Sie wissen von dem Geschehen, ich habe einige Minuten mit dem honduranischen Aussenminister gesprochen und ihn darüber informiert, dass der Mann kommen wird und ich unsere Kommunikation aufrecht halten werde“, sagte Jovel in der Pressekonferenz, die sie gemeinsam mit Innenminister Enrique Degenhart bei der Guatemaltekischen Luftwaffe abhielt. „Ich glaube, dass einmal mehr sichtbar geworden ist, welche guten Beziehungen wir durch all diese internationalen Vereinbarungen haben und dass wir durch dieses Abkommen Teil der internationalen Gemeinschaft sind“, sagte Jovel etwas kryptisch. (La Hora)

Die Legislative wird ACA diskutieren

Die Ausschüsse für Migration bzw. für Aussenpolitik werden das Abkommen über die Zusammenarbeit in Asylfragen (ACA), mit dem Donald Trump Guatemala zum sicheren Drittstaat erklärt hat, im Hinblick darauf diskutieren, ob es legal ist, ob es vom Kongress ratifiziert und ob der Annex bekannt gemacht werden muss. (...)

Der Abgeordnete Ranfery Montúfar von Gemeinsam für Guatemala (EG) und Mitglied des Ausschusses für Aussenpolitik sagte, dass es am kommenden Mittwoch eine Dringlichkeitssitzung gebe, um über dieses Thema zu diskutieren.

„Wir werden uns anschauen, wie die Abkommen aussehen und wie die US-Zahlungen abgewickelt werden und ob tatsächlich gewährleistet ist, dass der guatemaltekische Staat keinen Centavo dafür aufwenden muss“, sagte er. Montúfar fügte hinzu, dass nach dieser Ausschusssitzung die für dieses Thema Verantwortlichen befragt werden, um so zu einer vertiefenden Analyse gelangen zu können. „Wir wollen wissen, was das Aussen- und das Innenministerium tun“, sagte er. Der Abgeordnete erklärte, dass mit Hilfe der JuristInnen des Ausschusses geklärt werden solle, ob dieses Abkommen der Ratifikation durch den Kongress bedürfe, wie es das Urteil des Verfassungsgerichts nahelegt. „Wir wollen eine tiefgehende Analyse und uns nicht nur irgendwie aus der Affäre ziehen“.

Auch der Abgeordnete Luis Hernández Azmitia [Fraktionsvorsitzender der Reformbewegung MR, d. Red.] vom Ausschuss für Migration will die Legalität des Abkommens prüfen und die Frage klären, ob es für Guatemala von Nutzen

ist. "Leute aufzunehmen, die in den USA Asyl beantragen wollen, bedeutet, dass es im Gegenzug auch einen Nutzen für Guatemala geben muss. Guatemala ist ein Land mit Defiziten in der Gesundheit, Bildung und Infrastruktur – daher wollen wir sehen, welchen Nutzen wir erhalten werden", findet Hernández Azmitia. "Das müssen wir auf rechtlicher Ebene klären. Ich weiss, dass nach unserer Verfassung die Aussenpolitik in den Händen der Exekutive liegt, aber jedes Abkommen, das geschlossen wird, muss vom Kongress ratifiziert werden. Wir werden den Wert des Ganzen prüfen", erklärte er. Am Dienstag werde der Ausschuss sich mit dem Abkommen befassen. "Wir werden sehen, inwieweit dieses Abkommen effektiv Investitionen ins Land spült, so wie es dessen ProtagonistInnen versprochen haben", schloss er. Während der anfangs erwähnten Pressekonferenz bot Innenminister Enrique Degenhart an, kurzfristig über die Annexe des ACA zu informieren. Zugleich ist er der Ansicht, dass der Vertrag keine Ratifikation durch den Kongress benötige, um in Kraft zu treten (...) (La Hora)

Kritische Reaktionen aus Wissenschaft und Zivilgesellschaft

Mit der Ankunft des ersten Asylbewerbers aus Honduras in Guatemala hat die Umsetzung des Abkommens über die Zusammenarbeit in Asylfragen (ACA) begonnen, der am 26. Juli von Innenminister Enrique Degenhart und dem damaligen Staatssekretär im US State Department, Kevin McAleenan, unterzeichnet worden war. Dieser wurde bisher nicht dem Kongress übermittelt, geschweige denn von der Legislative ratifiziert.

Für verschiedene ExpertInnen und eine Migrantin ist dieses Vorgehen illegal, weil die Annexe des Vertrages nicht veröffentlicht worden sind und dem Urteil des Verfassungsgerichts nicht gefolgt wurde, demzufolge nationale Rechtsbestimmungen eingehalten werden müssen, um einen Vertrag in Kraft zu setzen. Auch wurde eine Information über den Vertragstext als Grundvoraussetzung für eine Umsetzung angesehen.

Die Direktorin des Instituts für die Erforschung globaler und territorialer Dynamiken (IDGT) der Universität Rafael Landívar, Úrsula Roldán, wies darauf hin, dass der Beginn der Überführung von AsylbewerberInnen nach Guatemala ein gesetzwidriges Vorgehen sei, da die Umsetzung des Vertrages noch in der rechtlichen Beratung sei. "Nicht dass mich das bei dieser Regierung wundern würde, weil sie schon öfter Verfassungsgerichtsurteile ignoriert hat. Leider ist auch der Kongress kein Hort der Rechtsstaatlichkeit und wir haben gesehen, wie er sich um Anordnungen des Verfassungsgerichts nicht geschert hat. Aber selbst in den USA ist der Prozess der rechtlichen Diskussion noch nicht abgeschlossen". Für Roldán wird die Umsetzung dieses Abkommens Schaden am demokratischen und rechtsstaatlichen Prozess des Landes verursachen. Zudem fügte sie an, dass nicht bekannt sei, wie die Bedingungen für die AsylbewerberInnen sein würden, weil die Unterkünfte, die die Migrationsbehörde derzeit hat, nur Platz für gerade mal 40 Personen böten. Schliesslich meint sie, dass diese Massnahmen das Ziel haben könnten, die MigrantInnen davon abzuhalten, Asyl zu suchen und in ihr Land zurückzukehren. "Was sie wollen, ist, dass sie die Leute zu uns bringen und dass diese dann entscheiden, in ihr Land zurückkehren. Für mich ist das eine Abschreckungsstrategie der US-Regierung, für die unsere Regierung bürgt."

Das sieht der Pastor Mauro Verzeletti, Direktor des Hauses der MigrantInnen in Guatemala und in El Salvador, ähnlich: Er zeigte sich besorgt über die Umsetzung des ACA, weil es keinerlei Versorgungsinfrastruktur für die Leute gebe, die nach Guatemala gebracht würden. "Die aktuelle Lage erfüllt uns mit Sorge und ich unterstütze die Proteste gegen den Vertrag. Allerdings muss die guatemaltekische Regierung der US-Regierung gefällig sein", mutmasst Verzeletti. Nach dem Urteil des Pastors handelt die Regierung rechtswidrig und widersetzt sich dem Urteil des Verfassungsgerichts. Das Thema sei zudem zu komplex, als dass die Regierung es so leichthin behandelt und das Land verwundbar macht. "Die Menschen, die kommen werden, werden sich einer höchst verletzlichen Situation gegenübersehen, weil wir nicht wissen, wie die Regierung handeln wird und wohin sie die Personen bringen und wie versorgt wird", schloss Verzeletti.

Aus der Sicht des Exekutivsekretärs der Vereinigung für Soziale Studien (ASIES), Pablo Hurtado, wird sich mit der Ankunft des ersten Asylbewerbers zeigen, ob es notwendig ist, dieses Abkommen im Kongress zu ratifizieren oder nicht. "Wir wissen, dass die Exekutive der Ansicht ist, dass das nicht nötig ist, aber es gibt andere Stimmen, die sagen, dass der Kongress in jedem Fall dem Abkommen zustimmen muss, damit dieses internationales Recht werden kann", sagte Hurtado. Er fügte hinzu, dass es eine ganze Reihe von Einsprüchen gebe, und dass mal wieder das Verfassungsgericht die Institution sei, die die letzte Entscheidung darüber zu fällen habe. "Wir sehen es mit Sorge, wie streng die Politik der USA gegenüber Guatemala ist und dass es eine starke Wirkung haben wird, wenn das Verfassungsgericht in Bezug auf die Umsetzung des Abkommens (wieder) feststellen wird, dass der Weg der Exekutive nicht der rechtlich korrekte ist". Man müsse berücksichtigen, dass alle öffentlichen AkteurInnen, solange ihnen keine verfassungswidrigen Handlungen attestiert wurden, unter dem Vorbehalt der Legalität stünden und daher "werden deren Aktionen so lange weitergeführt, bis es eine gegenteilige Anordnung eines Gerichts gibt. Wir zweifeln nicht daran, dass auch diese danach wieder angefochten wird", sagte der Interviewte.

Sie kümmern sich nicht um die Bevölkerung

Vivian Zamora, guatemaltekische Migrantin in Kentucky, USA, sagte, dass Guatemala nicht die Fähigkeiten habe, die Personen nach allen internationalen Standards zu schützen. Um ein sicherer Drittstaat zu sein, müsste das Land über eine hohe Qualität an öffentlichen Dienstleistungen verfügen, um sich um die Bevölkerung zu kümmern. Das sei nicht der Fall. "Guatemala und seine BürgerInnen wurden dazu verpflichtet, Teil dieses Abkommens zu sein, das Präsident Donald Trump einforderte und Jimmy Morales anbot, aber wenn die US-RepräsentantInnen die Zeit aufbrächten, die öffentlichen Schulen und Hospitäler in Guatemala zu besuchen, würden sie sofort merken, was für eine dumme Idee das ist. Aber die interessiert das nicht und uns hilft das nicht", sagte Zamora.

Das Abkommen verbessert auch nicht die Bedingungen der MigrantInnen, deren Asylverfahren in den USA noch unentschieden ist. Nach der Ansicht der Guatemaltekin in den USA sind die Abkommen ein Handel und stehen jenseits der Interessen der Bevölkerung. Sie kritisiert auch die mangelnde Transparenz, mit der die Regierung von Guatemala die Frage der Betreuung behandelt hat. Diese zeige einmal mehr, dass sie nicht in der Lage ist, AsylbewerberInnen aufzunehmen. (La Hora)

Giammattei: Degenhart lehnt jede Zusammenarbeit ab

Nachdem er erfuhr, dass der erste Asylbewerber nach Massgabe des ACA nach Guatemala gekommen ist, wiederholte der gewählte Präsident Alejandro Giammattei seine Kritik, dass ihm keinerlei Dokumente zu dem Abkommen übergeben worden seien. Das einzige Ministerium, das im Übergangsprozess nicht kooperiere, sei das Innenministerium des Herrn Degenhart. "Degenhart wollte nicht in den Prozess des Regierungswechsels eintreten, er hat uns keinerlei Berichte darüber übergeben, was in seinem Ministerium gelaufen ist. Er hat es rundweg abgelehnt, uns die Möglichkeit zu geben, nachzuvollziehen, ob es sich bei dem Vertrag um einen handelt, der Guatemala zu einem Sicheren Drittstaat macht oder um einen über die Migration von SalvadorianerInnen und HonduranerInnen. Bis wir lernen mussten, dass das, was sie uns sagten, nicht das war, was sie taten", sagte Giammattei.

In Bezug auf die Ankunft des Honduraners sagte Giammattei, dass es unter seiner Amtsführung sehr unwahrscheinlich gewesen wäre, ein Flugzeug mit einer Person an Bord einfliegen zu lassen. "Ich kann das gar nicht glauben, dass sie nur einen schicken, stellen Sie sich das vor. Das ist teurer als die medizinische Behandlung einer Krankheit. Ich würde mir wünschen, dass sie mir die Wahrheit sagen und den Weg aufzeigen würden, den sie bei der Umsetzung gehen wollen. Darum bat ich den Minister Degenhart, den Regierungswechsel einzuleiten. Aber nun müssen wir über die Rechtswege einklagen, dass sie uns die Informationen geben, die sie uns vorenthalten", betonte Giammattei.

Der gewählte Präsident wies darauf hin, dass es in Bezug auf die Migrationsverträge und andere Themen Dokumente gebe, die ihm noch nicht übergeben worden seien und zu denen niemand Zugang hätte. Er zeigte sich auch besorgt darüber, dass er nicht wisse, wie dieser Vertrag umgesetzt werden soll. "Wir haben diese Informationen nicht, Sie nicht, niemand hat sie und nicht einmal wir als die nächste Regierung." Das Verhalten von Degenhart sei strafwürdig, weil er die Anordnungen des aktuellen Präsidenten, den Prozess der Übergabe der Amtsgeschäfte zu eröffnen, missachte.

"Wir wissen gar nichts, nicht mehr als Sie und wir klagen heute öffentlich Nicht-Erscheinen, Trägheit und den fehlenden Willen des Herrn Degenhart an, den GuatemaltekinInnen das zu erklären. Aber er sollte wenigstens der nächsten Regierung sagen, wie die Lage ist, nicht nur in Bezug auf den Vertrag, sondern auch auf Zuchthäuser, die Polizei und den anderen Institutionen, die mit dem Innenministerium zusammenhängen", betonte der gewählte Präsident. (...)

Auch habe er als zukünftiger Regierungschef gefordert, dass ihm Informationen zur Lage und Höhe der nationalen Finanzmittel und der internationalen Gelder zu übergeben seien, um sicher zu stellen, dass die AsylbewerberInnen die Hilfe erhielten, die sie bräuchten.

Giammattei machte seine Aussagen während einer Rundreise in Santa Lucía Cotzumalguapa, Escuintla. (La Hora)

MigrantInnen-Pastoral erklärt sich zur Ankunft des ersten Asylbewerbers

Die Pastoral für Migration der Bischofskonferenz in Guatemala (CEG) erklärte, dass sie ihre Ablehnung des ACA aufrechterhalte, weil das Land nicht die Mittel habe, um AsylbewerberInnen und Schutzbedürftige aufzunehmen, zu beherbergen und zu begleiten sowie ihnen Schutz zu bieten. Daher klagten sie die Regierungen und die Internationale Organisation für Migration wegen der Verletzung der Menschenrechte an. Zudem merkte sie an, dass Personen, die im Rahmen des Abkommens bei der Luftwaffe ankämen, den Status als Flüchtlinge hätten, was die USA jedoch nicht akzeptierten.

In diesem Zusammenhang weist die Pastoral darauf hin, dass es auf keinen Fall erlaubt sei, aufs Neue verhört zu werden mit dem Ziel herauszufinden, ob sie in Guatemala einen Asylantrag stellen wollen, weil sie ja um Schutz suchen. "Wir sind in tiefer Sorge, dass das Programm, das die Internationale Migrationsorganisation (IOM) namens 'Freiwillige Rückkehr' vorgestellt hat, sich an Personen richtet, die in die USA kommen und im Rahmen eines Abkommens, das das Prinzip der Nicht-Zurückweisung (von AntragstellerInnen) missachtet, wieder dorthin zurückschickt werden, von wo sie geflohen sind", heisst es in der Mitteilung. Weiterhin weist diese darauf hin, dass man berücksichtigen müsse, dass diese Rückkehr im Rahmen des Abkommens die Geflüchteten in Gefahr bringen könne. Die Verantwortung für diese Verletzung der Menschenrechte trügen die USA, Guatemala und die IOM.

"Wir machen diese Organisationen für alle möglichen Todesfälle verantwortlich, da sie die Rechte der AsylbewerberInnen nicht geachtet haben, das Recht, anerkannt, begleitet und in eine sichere Gemeinschaft integriert zu werden".

Weiter heisst es, dass es seien keinerlei Initiativen zur humanitären Hilfe bekannt. Es fehlten von Seiten des guatemaltekischen Staates jegliche Antworten oder Lösungsansätze für vorhandene Fälle, denn immerhin seien seit März 2018 bereits 400 Menschen gekommen. Das sei empörend, "weil es sich um Menschen handelt, die Respekt, Sorge, Schutz und Sicherheit verdienen, die ihnen aber vom Staat nicht gewährt werden".

Die IOM hatte gestern die Durchführung eines Programmes zur humanitären Hilfe und einer unterstützten freiwilligen Rückkehr nach Guatemala vorgestellt. Dieses habe zum Ziel, Personen zu unterstützen, die freiwillig über Guatemala in ihre Heimatländer zurückkehren und keine finanziellen Mittel hätten, um dieses zu bewerkstelligen. Für das Programm stellen die USA Geldmittel in Höhe von insgesamt 10,3 Millionen US-Dollar zur Verfügung. Auf die Frage, ob dieses Programm in Verbindung stehe mit dem ACA-Vertrag, sagte die IOM nein.

Mahnmal für die 41 toten Kinder enthüllt– ohne Beteiligung von Opferangehörigen

Guatemala, 21. Nov. - Ohne die Anwesenheit von Angehörigen und ohne Worte der Verurteilung des Geschehens eröffnete die Regierung von Jimmy Morales ein Mahnmal mit den Namen der 41 Kinder, die bei dem Brand des Waisenhauses Virgen de la Asunción getötet wurden. Es dauerte 2 Jahre und fast 9 Monate, bis die Regierung eine erste Geste gegenüber den insgesamt 56 Opfern des Brandes vollführte. Noch 55 Tage ist die öffentliche Verwaltung dieser Regierung im Amt und nun hat das Sekretariat für Soziales Wohlergehen (SBS) ein Monument mit den Namen der 41 am 8. März 2017 verstorbenen Kinder, die rechtswidrig in der Aula eingeschlossen worden waren, aufgestellt.

Allerdings hat die Exekutive keinerlei Kontakt mit den Angehörigen aufgenommen noch sie zu der Einweihungsfeier des Mahnmals eingeladen, welche vor dem Ort des Waisenhauses Virgen de la Asunción in dem Dorf El Platanar, Landkreis San José Pinula, liegt.

„Man sah es nicht als angemessen an, sie zu diesem Zeitpunkt einzuladen, da wir aus Respekt vor den Opfern die Eröffnung im Rahmen des 30. Jahrestages der Kinderrechtskonvention durchführen wollten“, erklärte Marwin Bautista, der Untersekretär für Schutz und Betreuung der Kinder und Jugendlichen in der SBS gegenüber *Nómada*. Bautista war der hochrangigste Anwesende des Sekretariats, da die Sekretärin Ana Patricia Contreras nicht anwesend war.

Die Veranstaltung schuf grossen Ärger bei den Überlebenden. Diese wussten nichts davon, dass ein Monument mit den Namen ihrer Töchter aufgestellt werden würde.

„Ich hatte zu keiner Zeit irgendwelche Informationen darüber, weil sie uns nie einluden“, sagte Dacia Ramírez, die Mutter von Ashley Gabriela Méndez Ramírez, eine der 41 Getöteten. Sie fügte hinzu, dass eine Veranstaltung, die an ihre Tochter erinnert, ja „gut ist, aber warum machen sie das im Geheimen?“, fragte sie. „Wenn die ganze Welt weiss, dass die Regierung verantwortlich für den Tod ist. Dacia Ramírez zeigte sich überrascht über die Geheimniskrämerei des SBS, wo doch eigentlich alles über sie und das Waisenhaus transparent gemacht werden müsste, denn schliesslich sei „der SBS ja in die Tragödie verwickelt“. „Wie merkwürdig, dass sie uns nichts sagten, weil wer sonst als wir soll denn mit diesem Monument Wert geschätzt werden? Wir werden uns immer erinnern und Gerechtigkeit fordern, weil das das einzige ist, was uns von ihnen bleibt“, sagt Dacia Ramírez.

Ähnlich sind die Worte von Estela de Jesús Chután Urías, die Schwester von Mayra Haydeé Chután Urías, einer weiteren der 41 Opfer. Sie findet es „merkwürdig“, dass sie sie weder benachrichtigt noch eingeladen worden sei. „Das ist schlecht und falsch, weil wir die Angehörigen der Getöteten sind und uns das etwas angeht“, beharrt Chután Urías.

Vianney Clareth Hernández, die Mutter von Hashly Angely Rodríguez Hernández, einem anderen Opfer, hält das Monument für „ausgezeichnet“, aber dass sie nicht eingeladen wurde, gefällt ihr nicht. „Alles für die Mädchen ist gut, wenn mindestens eine der Mütter anwesend gewesen wäre“, sagt sie weiter.

Es ist das erste Mal, dass das SBS – deren führenden MitarbeiterInnen Carlos Rodas und Anahí Keller in Untersuchungshaft sitzen — durch die Enthüllung des Monuments mit den Namen der 41 Opfer öffentlich an die Opfer des Brandes erinnern. „Wir haben den Erinnerungsort nicht anlässlich des Geburtstages unserer Institution geschaffen, sondern um zu zeigen, dass dieses Geschehen niemals mehr in unserem noch in einem anderen Land geschehen soll“, unterstrich Marwin Bautista vom SBS noch einmal. Während der Gedenkfeier gab es eine Schweigeminute „für die 41 an den bedauerlichen Ereignissen in der Nacht vom 7 auf den 8. März 2017 getöteten Mädchen“.

Keine Entschuldigung, keine Gerechtigkeit

Es ist das erste Mal, dass die Regierung eine Schweigeminute für die Opfer der Tragödie eingelegt hat, für die es jedoch bis jetzt keine abschliessende gerichtliche Aufarbeitung gibt. Denn es gab so viele Verzögerungen bei den Gerichtsverhandlungen, die am 4., 5. und 6. Dezember wieder aufgenommen werden und in denen gegen 12 Angeklagte verhandelt wird, von denen fünf in Untersuchungshaft sitzen. Genauso wie die Justizarbeit verzögert wird, ist es auch bei dem Wort „Entschuldigung“ von Seiten des Präsidenten Jimmy Morales oder irgendjemandem vom SBS. „Denkt Jimmy Morales oder jemand aus der Regierung darüber nach, sich für die Geschehnisse im Waisenhaus Virgen de la Asunción zu entschuldigen?“ — „Das Präsidialamt wird den richtigen Augenblick finden, um zu sprechen“, sagte Bautista und fügte an: „Im Rahmen unseres Mandats haben wir das Mahnmal enthüllt, um so unseren Teil der Verantwortung zu zeigen und dafür zu sorgen, dass so etwas nie mehr passieren kann. Das war das, was wir als Verwaltung tun konnten“. Allerdings verspielte Präsident Morales die Möglichkeit, sich zu entschuldigen, als er am 27. April 2018 das Haus besuchte, wo er eben vergass, an die 56 getöteten oder verletzten Opfer des Brandes zu erinnern, obwohl dieses nur 20 Meter von der Aula entfernt war, in dem die Mädchen rechtswidrig von der Polizei festgehalten wurden (und verbrannten). An diesem Tag wurde der Grundstein gelegt für ein Übergangwohnheim, in dem 40 Jugendliche, die mit dem Gesetz in Konflikt geraten waren, übergangsweise untergebracht wurden und berufliche Bildungsmassnahmen erhielten, um sich kurzfristig wieder in die Gesellschaft integrieren zu können.

Keine Reaktion über die Anzeige gegen die 15 überlebenden Mädchen

Der SBS-Sekretär Marwin Bautista will auch nicht die Anzeige zurückweisen, die am 6. September diesen Jahres im Namen des Mitarbeiters des Kulturministeriums, Ludwig Jacob Sandoval Jerez, gegen die 15 überlebenden Mädchen erstattet wurde, insgesamt 19 Straftaten, darunter Mord werde den Mädchen darin vorgeworfen. „Von mir kein Kommentar dazu. Was wir Ihnen sagen können ist, dass wir die Rechte der 15 überlebenden Mädchen wiederherstellen und ihnen eine Pension in Höhe von 5.000 Q (= 575,50 €) monatlich für die ersten drei Jahre und einem Mindestlohn für nicht-landwirtschaftliche Tätigkeiten ab dem 4. Jahr zahlen und damit den Prozess für eine Veränderung ihrer Lebensumstände unterstützen“, versicherte Bautista mit Bezug auf ein Gesetz 16-2018. Der Untersekretär vermied es, etwas

dazu zu sagen, dass hier die Überlebenden eines Brandes kriminalisiert werden und dass die Möglichkeit besteht, dass sie zu Angeklagten erklärt werden. Er beharrte nur auf der Feststellung, dass „diejenigen Verantwortung für den Strafprozess tragen, die darin verwickelt sind. Wir bleiben da völlig aussen vor.“

Ganz anders sieht das die Repräsentantin der UN-Frauenorganisation in Guatemala, Adriana Quiñones, die die Anzeige gegen die Überlebenden für „sehr unglücklich“ hält. Es erfülle sie mit Sorge, dass begonnen werde, über die Schuld der Überlebenden zu sprechen. „Hoffentlich versteht die Gesellschaft, dass die Mädchen diejenigen sind, die am wenigsten verantwortlich sind für das, was am 8. März 2017 geschehen ist“, sagte sie.

Derweil erklärte die Staatsanwaltschaft für Straffällige Jugendliche, dass sie die Anzeige nicht abgewiesen hat, sondern dass sie im Ermittlungsstadium stehe. Damit bleibt die Möglichkeit offen, dass gegen die 15 überlebenden Mädchen prozessiert wird, womit ihnen bei Zulassung aller in der Anzeige genannten Straftaten eine Höchststrafe von bis zu 152 Jahren Haft drohen.

Dacia Ramírez drückte ihre tiefe Trauer über diese Anzeige aus, da es das einzige Motiv der Mädchen war, in Freiheit zu gelangen, während die Justiz „mit ihrer Ansetzung der Verhandlungen sich nicht an die Gesetzestexte hält. Wie viele Beweise brauchen sie denn noch, um zu einem Urteil zu gelangen und dass diejenigen dafür bezahlen müssen, was sie getan haben?“. Estela de Jesús Chután bedauert, dass das Ganze nie ein Ende nehme, weil sich in den fast drei Jahren seit der Tragödie „absolut nichts getan hat“. Im Gegenteil. Sie kritisiert die Anzeige gegen die 15 Überlebenden, weil „sie uns nicht mehr als Opfer beurteilen wollen, dabei sind wir die einzigen Opfer, weil sie uns das Leben unserer Töchter entrissen haben“.

Obwohl das SBS nichts tun konnte, um zu verhindern, dass diese Anzeige weiterverfolgt wird, hat es den Überlebenden einen Platz auf dem Mahnmal überlassen, das aus vier Wandmalereien besteht. An einer sind zwei Töchter in Weiss präsentiert, die in den Himmel schauen und es wurden 15 Mosaiksteine gesammelt, damit die Überlebenden eine Erinnerung an ihre verstorbenen Freundinnen schreiben können.

Das SBS wurde gefragt, ob es den Überlebenden nicht in der Verteidigung gegen die Anzeige hätte helfen können. Marwi Bautista antwortete nur, dass „wir ihnen psychologisch beistehen, also SozialarbeiterInnen und PsychologInnen stellen, die diese betreuen“. Er bestätigte, dass eine der 15 Überlebenden noch immer seit dem 2. November 2018 verschwunden ist, als sie aus dem Wohnheim Zafiro 2 des SBS in der Zone 1 der Hauptstadt geflohen ist.

„Wir haben verstanden, dass sie im Oktober jenes Jahres dort war, aber als die Einheit kam, um sie zu begleiten, war sie nicht da und ist seither verschwunden“, sagte der SBS-Mitarbeiter.

Bautista verwies darauf, dass das SBS nach diesem Feuer 600 Jungen und Mädchen und Heranwachsende betreut habe, die an dem Tag in dem Waisenhaus waren und dass es ihnen psychosoziale, juristische und ambulante Hilfe gewährt habe. Nach der Tragödie hätten sich die Dinge verändert, versicherte Bautista.

Diese riesigen Wohnheimkomplexe seien ersetzt worden durch 15 Häuser, die in vier verschiedene Betreuungsstufen aufgeteilt seien: Jugendliche, die Opfer von Missbrauch geworden sind; schwere Formen der Behinderungen, spezielle Betreuung und das Projekt für eine fortschreitende Autonomie.

Der Assessor der Abteilung für Schutzmassnahmen, Miguel Martínez, wies darauf hin, dass die erste Anfrage innerhalb der SBS, ob nicht ein Erinnerungsstein für die 56 Opfer des Brandes im Waisenhaus errichtet werden sollte, im Februar 2018 im Zusammenhang mit dem bevorstehenden Jahrestag der Tragödie aufkam. Danach wurde in einer multidisziplinären Gruppe überlegt, welche Wirkung dies haben würde und „die Antwort war, dass das Ereignis noch viel zu nahe war, als dass es sich für ein Mahnmal eignen würde, weshalb entschieden wurde, das Vorhaben hintenanzustellen“.

Jimmy Morales gab grünes Licht für das Mahnmal

Im Vorlauf des zweiten Jahrestages stellte Miguel Martínez einen neuen Antrag auf den Bau eines Mahnmals an dem Ort des Unglücks an seine Vorgesetzten und veranlasste damit die Schaffung eines weiteren multidisziplinären Teams, um einen Vorschlag im Rahmen der Kinderrechtskonvention zu erarbeiten. „Man fühlte sich nun vernünftig genug, um ein solches Mahnmal zu entwickeln, das an die getöteten und überlebenden Kinder erinnert und übergab diesen Vorschlag an das Präsidialamt, das grünes Licht dafür gab und uns beim Bau half“, sagte Martínez.

Bis heute hat sich Präsident Jimmy Morales weder mit den 15 überlebenden Mädchen noch den Angehörigen der Opfer getroffen. Miguel Martínez erklärte, dass das Mahnmal aus drei Marmorplatten bestehe, in die die Namen der 41 getöteten Mädchen eingraviert seien. Dabei sollen die drei Platten die drei Organe des Staates repräsentieren: Exekutive, Legislative und Judikative, die „das System des Schutzes für Kinder und Jugendlichen bilden und nach dem Wohlergehen aller streben“. Seine Struktur solle „die Festigkeit in der Gewährung der Rechte und Pflichten symbolisieren“, während der obere Teil des Mahnmals „die Fragilität der Kinder“ symbolisiere.

Zudem, so fuhr er fort, stehe noch die Aufstellung eines Rhombus offen, der aus Zeitgründen noch nicht aufgebaut werden konnte und der „den Himmel und die Erde in gleichgrossen Hälften repräsentieren soll und aus dessen Mitte eine Rose, die ein Glas durchbohrt, keimt und sich zum Himmel hin ausbreitet, um das ewige Leben und sein Übergang zu einem höheren Leben symbolisiert“.

Hinter dem Ehrenmal befindet sich ein Mosaik, das jedes Mädchen und Jugendliche repräsentiert, das Opfer der Tragödie wurde: Alter, Physis, Glaube, Ethnie, Kultur und ihr Betragen. Damit sollen deren Träume, Vorstellungen und Gestaltungswillen aus unterschiedlichen Perspektiven und Gedanken symbolisiert werden, die „uns lehren, dass sie ganzheitliche Wesen waren, die eine jede selbst geschaffen hat“.

Die Silhouette von zwei Mädchen repräsentiert die Abwesenheit der Opfer der Tragödie. Die Farben des Mosaiks erinnern an die „ureigene Seele“ jeder der 41 verstorbenen Mädchen. Das Rot symbolisiert die Empfindsamkeit, Sanftmut, das Frausein, die Blume; das Rote der Liebe, die Dynamik und die Energie der Mädchen und Heranwachsenden; das

Grün steht für die Hoffnung, Umwelt, Jugend und Vertrauen; das Weisse für Reinheit, Unschuld und Wahrheit; Türkis steht für Leidenschaft und Schutz und erinnert an die Überlebenden und unser Engagement für sie; der blaue Himmel steht für die Ruhe und Heiterkeit für alle Familien, erklärte der Assessor.

Die amtierende Direktorin des Waisenhauses, Gina Ferrari, wies auf eine der vier Wandmalereien, die von Heranwachsenden gestaltet worden sei und die sich in einem Zentrum befinden, die der Abteilung zum Schutz vor Missbrauch in all seinen Formen zugeteilt ist. Das erste bezieht sich auf die Inklusion und daher sei darauf "eine indigene Jugendliche, eine Behinderte und Jugendliche, die wie all jene aussehen, die wir tagtäglich um uns haben". „Vorne sehen wir, dass eine Schule gezeigt wird, also die Bildung repräsentiert wird und damit eines der Rechte, die wir den Jugendlichen zurückgeben werden. Auf der rechten Seite steht ein Theater, das für Freizeit steht und daneben ein Krankenhaus, das das Recht auf Gesundheit symbolisiert“, sagt Ferrari.

Eine andere Wandmalerei zeigt drei Jugendliche und trägt den Titel 'Wiedereingliederung ist die Aufgabe aller'. Der Mitarbeiter der Abteilung für Wiedereingliederung und Resozialisierung der Straffällig gewordenen Jugendlichen, Gabriel Porras, erklärte, dass dieses inspiriert worden sei "von der Veränderung, die sich die straffällig gewordenen Jugendlichen wünschen und die diese Tag für Tag leben, zugleich getragen von der Tatsache, dass sie abgesehen von dem schweren Fehler, den sie begangen hatten, genauso sind wie wir alle". Er erinnerte daran, dass sie „ für das, was sie getan haben, bereits bezahlt haben und daher ist es die Aufgabe unserer Gesellschaft, unsere Art des Denkens zu verändern und gemeinsam als Gesellschaft daran zu arbeiten, diese Jugendlichen wieder einzugliedern und zu resozialisieren. Schliesslich sei es die Aufgabe aller, uns darauf vorzubereiten, ihnen die Chance zu geben, nicht aufgrund ihrer Tattoos diskriminiert zu werden“.

Nach den Erläuterungen aller Wandgemälde wurde die Feier durch die Niederlegung von Blumen an dem Obelisk durch RepräsentantInnen einer jeden Abteilung des SBS beendet. Dabei fehlte freilich jegliches Wort der Entschuldigung für das, was am 8. März 2017 geschehen ist. Die amtierende Regierung von Jimmy Morales hat seine Zeit verbraucht, sich zu entschuldigen. (Nómada)

Verfassungsgericht weist ein Strafgericht an, den Fall gegen Sandra Jovel neu zu beurteilen

Guatemala, 22. Nov. - Die Aussenministerin Sandra Jovel ist von der Staatsanwaltschaft wegen Beteiligung an illegalen Adoptionen angeklagt worden. Das Verfassungsgericht wies nun die Strafkammer des Obersten Gerichtshofes an, eine Revision des Falls zuzulassen, in dem Jovel einer illegalen Adoption bezichtigt wird.

Am 27. August 2017 hatte Jimmy Morales sie zur Aussenministerin ernannt und am 28. August 2017 stellte die Richterin Silvia de León von der Sechsten Strafkammer das Verfahren, das gegen Jovel wegen illegaler Adoption eingeleitet worden war, ein. Neben ihr war auch gegen Mynor Quintana Sánchez und Dominga Ordóñez Sáenz wegen Vernachlässigung von Kindern und Schutzbefohlenen sowie wegen Ungehorsam [*gemeint ist vermutlich Widersetzung gegen eine richterliche Anordnung, d. Red.*]. Das Kind, um das es in dem Fall geht, wurde am 21. Juli 2010 in einem Sanatorium in der Hauptstadt von seinen Eltern im Stich gelassen. Die Generalprokurat der Nation rettete es drei Tage später und nach einem entsprechenden Urteil eines Richters wurde es zur Adoption freigegeben.

Die Ermittlungen ergaben, dass Ordóñez und Jovel darin übereingekommen wären, dass der Richter das Baby der heutigen Ministerin übergeben werde "als Familienersatz, aber ohne die Bedingungen dafür zu erfüllen", da Ordóñez, ein Verwandter des Richters ist, der die Adoption freigab.

¡Fijáte!

<http://fijate.guatemala.de>

vierzehntägiger e-Mail Nachrichtendienst zu Guatemala in deutscher Sprache

www.facebook.com/fijateMagazin

Redaktion:

Stephan Brües – stephan.bruees@arcor.de

Theresa Bachmann - theresabachmann95@web.de

Weiterverbreitung der Informationen mit Quellenangabe ausdrücklich erwünscht!

Herausgeber: Verein **¡Fijáte!**, registriert in CH-2502 Biel
c/o Barbara Müller, Ankerstr. 16, CH-8004 Zürich

Abo-Verwaltung: fijate@mail.de

Abo in Deutschland und Österreich: Jahresabonnement: 50 €, Solidaritätsabonnement: 100 €

Abo in der Schweiz: Jahresabonnement 85.-CHF

Konto-Nr. für alle AbonnentInnen:

IBAN: CH380900000305160686, BIC (SWIFT): POFICHBEXXX Postfinance AG Bern, PC: 30-516068-6